Berlin: Erster Mai, Straße frei für die revolutionäre Jugend!

Der erste Mai, rückt immer näher und Presse, Politik und Polizei überstürzen sich in ihrer Gegenpropaganda. Aber wofür steht der erste Mai wirklich und warum ist er so wichtig?

Der erste Mai ist der Kampftag der Arbeiterbewegung. Ende des 19.Jahrhunderts wurde zuerst in Amerika, dann in vielen europäischen Ländern an diesem Tag zum Generalstreik aufgerufen, um sich den 8 Stunden Arbeitstag zu erkämpfen. Als jedoch der Reformismus in Form der Sozialdemokratie und einer bürokratischen Arbeiteraristokratie in der einst kampfbereiten Arbeiterklasse Einzug hielt, verschwand die Radikalität dieses Tages. In Berlin gibt es deshalb zwei Demonstrationen. Am Vormittag findet die Gewerkschaftsdemonstration statt, die viele auch als „Latsch-Demo" verstehen. Am Abend gibt es den revolutionären Ersten Mai, der von der Presse als Krawalldemo bezeichnet wird.

Während die revolutionäre Maidemonstration in Berlin bedeutend größer und kämpferischer ist, hat sie bisher eine große Schwäche. Sie erreicht wenig der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter_innen. Das kann sich nur ändern, wenn die revolutionären Ziele mit klaren verständlichen Forderungen und einer gewerkschaftlichen Praxis begleitet werden. So können die Berliner Jugendlichen und Arbeiter_innen auch über diesen Tag hinaus motiviert werden, sich zu organisieren und aktiv zu werden – wenn nötig auch gegen die Gewerkschaftsbürokraten, die vormittags am ersten Mai Sonntagsreden schwingen.

Es gibt genug Gründe, um am ersten Mai auf die Straße zu gehen. Einer ist der Protest der Geflüchteten in Hamburg und Berlin, die auf die unmenschliche Situation in Heimen und Lagern aufmerksam machen. Der Protest ist ein Ausdruck gegen die rassistische Politik Deutschlands und der EU. Ein anderer sind Prekarisierung, steigende Mieten und hohe Arbeitslosigkeit, die insbesondere Jugendliche treffen. Demonstrationen, Streiks und Besetzungen wehren sich seit Beginn der Krise vor sechs Jahren europaweit gegen die Abwälzung der Krise auf die arbeitende Bevölkerung.

In Spanien, Portugal, Italien und vor allem in Griechenland hat die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen perverse Ausmaße angenommen, ebenso die Selbstmordrate oder die Anzahl von Drogenabhängigen. Doch überall wo Menschen gegen Krise, Kapital und Krieg auf die Straße gehen, werden Gesetze verschärft und Repression setzt ein. Währenddessen spitzen sich Militarismus und Imperialismus zu. So reichen sich Vertreter der EU und ukrainische Oligarchen unter dem Beifall von Faschisten die Hände. Bisher gab es allerdings keine einzige Partei, die nicht nur Widerstand, sondern auch eine sozialistische Perspektive aus der Krise aufzeigen und durchsetzen konnte.
So versprechen die Europaparlamentswahlen einen Zuwachs für faschistische Parteien und Rechtspopulisten, während die reformistische Linkspartei, auf eine mögliche Regierungsbeteiligung mit der SPD hin, ihre Definition der EU als undemokratisch, militaristisch und neoliberal aus dem Programm streicht.
Gerade jetzt besteht also die dringende Notwendigkeit am Ersten Mai auf die Straße zu gehen. Wir stehen für eine Jugend- und Arbeiterbewegung im Zeichen eines klassenkämpferischen und emanzipatorischen Internationalismus. Deshalb organisieren wir von REVOLUTION, als Teil der Neuen antikapitalistischen Organisation, den internationalistischen Block an der Spitze der revolutionären Maidemonstration mit, die ab 18 Uhr am Lausitzer Platz startet. Dort werden Arbeiter_innen und Gewerkschafter_innen aus verschiedenen Ländern, linke Schüler_Innen, Student_Innen und Aktivist_Innen unter dem Slogan „EU: undemokratisch, militaristisch, neoliberal! Für ein sozialistisches Europa, antikapitalistisch organisieren!“ demonstrieren.

Aufruf von REVOLUTION-Berlin zur revolutionären ersten Maidemonstration, 18 Uhr Lausitzer Platz

Wir werden allerdings auch wie in den Vorjahren auf der DGB-Demonstration ab 9.30 Uhr am Hackenschen Markt vertreten sein, um die Notwendigkeit einer klassenkämpferischen Gewerkschaft und einer linken Opposition gegen die Gewerkschaftsbürokratie klar zu machen.